Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13383, Emil Schlegel Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Montag, den 22. November 1926 — Nummer 260

Die Arbeiter müssen entscheiden!

Organisiert Massenkundgebungen!

Die Wahlen vom 31. Oktober haben den Koalitionsparteien und der Heldtregierung eine Niederlage bereitet. Die Massen der Wähler haben der Koalitionsregierung ihr Mißtrauen ausgesprochen. Alle Zeichen deuten aber darauf hin, daß die ehemaligen Koalitionsparteien versuchen, die Regierung Heldt noch am Leben zu erhalten. Bekanntlich hatten vor einigen Tagen die bürgerlichen Parteien mit den Altsozialisten eine Sitzung, in der die ASPS die Erklärung abgab, daß sie eine Regierung mit den Deutschnationalen nicht eingehen werde. Die ASPS beschloß, eine Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten sei die beste Lösung in Sachsen. Wenn auch diese Koalition der Wunsch des Parteivorstandes und einer Anzahl Führer der SPD ist, so sind die Massen nicht gewillt, eine solche Koalition zu dulden. Andererseits erklären auch die bürgerlichen Parteien sich gegen eine Koalition. Die Volkspartei erteilt den Altsozialdemokraten, die der Partei des Herrn Blüher jahrelang treue Dienste geleistet, Fußtritte. Die ASPS ist nicht mehr unbedingt notwendig für die Bürgerlichen. Einfluß bei den Massen ist für die ASPS nicht vorhanden. Das gibt den Bürgerlichen die Möglichkeit, die Verräter als Verräter zu behandeln. Die Deutschnationalen veröffentlichen eine Erklärung, in der es heißt:

„Für die Deutschnationalen gibt es keine Hilfsstellung. Für sie gibt es bei der gegenwärtigen Sachlage nur entweder Mitbeteiligung an der Regierung oder schärfste Opposition. Ueber diesen Standpunkt herrscht in der deutschnationalen Landtagsfraktion und in allen Parteiinstanzen vollkommenste Einmütigkeit."

Das mögen sich noch einmal gewisse Querreiber gesagt sein lassen, die sich immer noch nicht damit abfinden wollen, daß die sächsische Wählerschaft am 31. Oktober gegen sie entschieden hat."

Die ASPS-Leute werden jetzt von den Bürgerlichen auch nur noch als Querreiber behandelt. Weiter erklären die Deutschnationalen:

„Will man es wirklich wagen, aus Rücksicht auf eine Partei, die ganze vier Abgeordnete durchbrachte, und nach 14 Tagen nach den Gemeindewahlen bereits wieder die Hälfte ihrer Stimmen einbüßte, den Deutschnationalen die von ihnen entschieden abgelehnte Hilfsstellung zuzumuten?"

Die ASPS wird mit der ihr gebührenden Verachtung behandelt. Gestern fand nun in Dresden eine Sitzung des Landesausschusses der Deutschen Volkspartei statt, der ebenfalls eine Entschließung annahm, in der die Stellung dieser Partei zur Koalitionsregierung festgelegt wurde. Die Entschließung der Volkspartei hat folgenden Wortlaut:

Der Landesausschuß **lehnt eine Regierungsbildung mit den Linkssozialdemokraten entschieden ab. Er hält für die dem Wohle des Landes am besten dienende Lösung der Regierungsfrage zurzeit eine Koalition von Deutschnationalen bis einschließlich Altsozialisten,** die über eine klare Landtagsmehrheit verfügen würde. Er tritt nach wie vor hierfür ein und weist die in der Presse aufgestellte Behauptung, daß **die Deutsche Volkspartei eine Koalition mit den Deutschnationalen ablehne, als unwahr zurück.** Der Landesausschuß begrüßt es, daß die Deutschnationalen ihren bisherigen Standpunkt, eine Koalition mit den Altsozialisten abzulehnen, aufgegeben haben. Er bedauert es, daß die Altsozialisten, woran nach den wiederholten in Gegenwart der Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei abgegebenen Erklärungen der offiziellen Vertreter nicht gezweifelt werden kann, nicht bereit sind, mit der Deutschnationalen Volkspartei zusammen eine Regierung zu bilden. Bei dieser Sachlage und bei der ablehnenden Stellung der Deutschnationalen zu einer Minderheitsregierung der Mitte **fehlt bis auf weiteres an einer Mehrheit für eine Neubildung der Regierung.** Für alle weiteren Verhandlungen **hat als oberster Grundsatz zu gelten, daß im allgemeinen Landesinteresse die Bildung einer Linksregierung verhindert werden muß und daß dahinter die Interessen einzelner Parteien zurückzutreten haben.**

Die Volkspartei strebt nach einer bürgerlichen Regierung. Da diese nicht sofort zustande zu bringen ist, erklärt sie, es sei jetzt keine Regierungsbildung möglich, das heißt, die Heldtregierung soll im Amt bleiben. Das ist auch das Ziel und Streben der ASPS.

Bei der Zusammensetzung des Landtages ist es sehr wohl möglich, daß die Parteien diesen Ausweg nehmen. Es ist deswegen dringende Notwendigkeit, daß die Massen sprechen. Sofort müssen in allen Betrieben und allen Orten Versammlungen einberufen werden, die zu der Lage in Sachsen Stellung nehmen. Das Ziel muß sein, Auflösung dieses Landtages, Stärkung des Einflusses der KPD, um wirklich die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Stärkster Massendruck

Dresden, den 22. November 1926.

Am Donnerstag tritt der Sächsische Landtag zusammen. Die Massen der werktätigen Bevölkerung wollten durch ihre Stimmenabgabe bei den Wahlen eine andere Zusammensetzung und eine andere Regierung als die Koalition der Renegaten mit den Bürgerlichen. Bis jetzt ist die Frage der Regierungsbildung noch nicht geklärt. Die ASPS will die Große Koalition, die SPD soll den Weg der 23 gehen. Das ist auch der Wille des Parteivorstandes. In der SPD erheben sich die Stimmen für die Koalition immer stärker. Die Arbeiter in der SPD wollen aber eine Koalitionsregierung nicht. Sie haben genug von der Heldtkoalition. Wenn auch die „Linken" dauernd versichert haben, die Koalition sei nur eine Personenfrage, so trauen die Arbeiter diesen Versicherungen nicht, sie fangen an zu verstehen, daß, wer mit den Bürgerlichen geht, die kapitalistische Macht zu unterstützen und Wirtschaft zu verwalten, gegen die Arbeiter stehen wird.

Die Funktionäre der SPD in Zwickau haben in einer Versammlung zu den Fragen Stellung genommen und eine Resolution beschlossen, in der es heißt:

„Die Funktionäre des Zwickauer Unterbezirks lehnen die Bildung einer großen Koalition in Sachsen mit aller Entschiedenheit ab."

Praktisch ist ja das Programm des Parteivorstandes die Bildung der Großen Koalition. Die SPD will im Reich in die Regierung. Seit Wochen finden ununterbrochene Verhandlungen mit den Bürgerlichen statt. Erst gestern fanden in Berlin wieder Verhandlungen statt. Um in die Koalition zu kommen, bewilligte man in Berlin den Hohenzollern 500 Millionen, führte man den Schwindel mit den Erwerbslosenanträgen durch, man bewilligte den Bürgerlichen die Mehrheit im Magistrat in Berlin. Dies dürfen die Arbeiter nicht übersehen, wenn sie die Dinge jetzt hier in Sachsen verstehen wollen. Der Parteivorstand, der in die Reichsregierung eintritt, kann in Sachsen keine geschlossene Opposition gebrauchen. Das Ziel ist auch in Sachsen, die Koalition. Die ASPS, die das jetzt schon proklamiert, spricht damit den Willen des Parteivorstandes aus. Da gegen diesen Willen des Parteivorstandes in Sachsen die Arbeiter und ein großer Teil SPD-Funktionäre steht, versucht die SPD durch Manöver ihr Ziel zu erreichen. Sie möchte den Kommunisten die Schuld an der Bildung einer Koalitionsregierung zuschieben. Sie stellt Fleißner zum Ministerpräsidenten auf, veröffentlicht ein Arbeitsprogramm und erklärt, jetzt haben die Parteien für dieses Programm zu stimmen oder sie haben die Schuld an dem Scheitern der sozialdemokratischen Regierung. Die ASPS antwortet den Sozialdemokraten, wenn man eine Regierung bilden wolle, müsse man sich mit der Partei, deren Unterstützung man benötige, an einen Tisch setzen, erst dann könne man über die Unterstützung reden. Das Programm bezeichnet der „Volksstaat" als einen Wunschzettel, der aufgestellt sei, um Anklagen zu erheben. Es sei eine „sehr brave theoretische Schülerleistung". Weiter erklärt das Organ der ASPS:

„Die Sozialdemokratie war des öfteren im Reiche in Koalitionsregierungen; man fragt sich, warum sie — etwa in Preußen — sich scheute, solche Forderungen aufzustellen und durchzuführen. Entweder gibt es außerhalb der sächsischen Linkssozialisten keinen zuverlässigen Sozialisten oder dasjenige, was die sächsischen Linkssozialisten hier vortragen, ist derart, daß sich jeder Sozialdemokrat außerhalb Sachsens fürchtet, es als sein Arbeitsprogramm auszugeben."

Die KPD hat am Sonnabend in ihrer Proklamation des Landesvorstandes zu der Lage in Sachsen und zu diesem sozialdemokratischen Arbeitsprogramm eingehend Stellung genommen. Da am Sonntag aber die „Volkszeitung" nochmals stolz wie ein Spanier erklärte: „An dem Programm wird nichts geändert. Wenn die Kommunisten bereit sind, auf Grund eines Programms einen sozialistischen Ministerpräsidenten zu wählen, dann werden die kommende sozialistische Regierung und die Sozialdemokratische Partei ihre Pflicht tun", — ist es notwendig, nochmals unsere Stellung zu unterstreichen. Zuerst sei festgestellt, wir betrachten Fleißner nicht als einen sozialistischen, sondern einen sozialdemokratischen Minister, und seine Regierung nicht als eine sozialistische, sondern eine sozialdemokratische Regierung. Das muß man den Arbeitern sagen, eine sozialistische Regierung würde für die Interessen der Arbeiter mit den Arbeitern gemeinsam kämpfen, eine sozialdemokratische wird nicht nur nicht mit den Arbeitern gemeinsam kämpfen, sondern gegen die Arbeiter die Interessen der Kapitalisten wahren. Das sagen wir den Arbeitern heute schon mit aller Klarheit. Trotzdem wir das wissen, haben wir schon vor den Wahlen erklärt, daß wir eine sozialdemokratische Regierung unterstützen werden. Der letzte Beschluß der Zentrale der KPD hat dies nochmals festgelegt. Wir wollen den sozialdemokratischen Arbeitern, die da glauben, diese „Linken" seien doch andere Kerle wie die Rechten, die Gelegenheit zur persönlichen Ueberzeugung geben. Aber die SPD irrt, wenn sie annimmt, daß die KPD sich dabei an das Programm der SPD binden würde. Die Forderungen der KPD, die die mindesten Lebensbedürfnisse der arbeitenden

Ein Gewerbegericht als Helfer der Justizreaktion

Der Gesamtbetriebsrat Köln-Nippes entlassen.

Das Gewerbegericht von Köln hat am 18. November entschieden, daß der Gesamtbetriebsrat der Eisenbahnwerkstätten Köln-Nippes seiner Funktion als Betriebsrat enthoben ist. Im Feststellungstermin wurde lediglich festgestellt, daß der Betriebsrat gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen hat.

Dieser Beschluß des Gewerbegerichts erfolgte, obwohl die 2000 Mann starke Belegschaft bis auf den letzten Mann geschlossen gegen das Vorgehen der Eisenbahndirektion gegen den Gesamtbetriebsrat den schärfsten Protest erhoben und den Betriebsrat wie auch dem Betriebsratsvorsitzenden einstimmig ihr volles Vertrauen bekundet hatte.

Die entlassenen Mitglieder des Gesamtbetriebsrats haben Einspruch gegen den Beschluß des Gewerbegerichts erhoben.

Die Vorgänge in Köln-Nippes zeigen, daß die Gewerbegerichte als kapitalistische Staatsorgane sich „vollkommen mit dem gewaltsamen Vorgehen der Dawesbahndirektion und auch der Privatkapitalisten solidarisieren.

Die Nauheimer Femejustiz

Wegen des Fememordversuchs in Nauheim, dessen Opfer bekanntlich der Oberleutnant Wagner sein sollte, saß der frühere Leutnant Heinz, gegenwärtig Redakteur des „Stahlhelm", in Haft. Sein Mittäter, der Chauffeur Schwing, hatte ein Geständnis über seine Mittäterschaft abgelegt. Der ehemalige OC-Mann Schmidt, genannt Halbschuh, der im Femeausschuß des Preußischen Landtages die aufsehenerregenden Enthüllungen über die Hintermänner der Schwarzen Reichswehr und die Schuld der Geßler, Seeckt und Severing machte, hatte die Aufdeckung dieser ganzen Fememordaffäre veranlaßt.

Heinz saß jetzt einige Wochen in Untersuchungshaft. Plötzlich erfährt man, — und zwar erst durch den „Stahlhelm", dessen Redakteur Herr Heinz ist — daß sich Heinz wieder auf freiem Fuße befindet. Der Chauffeur Schwing ist in eine Irrenanstalt gesperrt worden, obwohl selbst führende bürgerliche Blätter, wie die „Frankfurter Zeitung" (Nr 860), nachgewiesen haben, daß Schwing alles andere als geisteskrank ist. Die deutsche Justiz-Feme arbeitet zur Vertuschung der Fememordaffären exakt. Das Opfer des Fememordversuchs von Heinz, der Oberleutnant Wagner, wurde dagegen auf Grund eines älteren Steckbriefs wegen irgendwelcher privater Waffenschiebereien oder ähnlicher Delikte in Haft genommen. Gegen den Hauptbelastungszeugen Schmidt, gegen den die inoffiziellen und auch die juristischen Fememordschützer eine große Wut haben, soll nun durch die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen „Erpressung, Falschheit und Unterschlagung" eingeleitet werden. Wie in den Landesverräter-Prozessen versucht die Femejustiz — im Auftrag der Drahtzieher und privaten Geldgeber der Feme, ebenso nach den Wünschen des Reichswehrministers Geßler — die unbequemen Enthüller der Feme durch eine Hetzkampagne, sie seien „gemeine Verbrecher", moralisch zu killen.

Interessant an der Haftentlassung des früheren Leutnants Heinz, der während des Ruhrkampfes auch in der Ruhrsabotage arbeitete, ist die Tatsache, daß die schwarz-rot-goldene Regierung Hessen die Internierung Schwings im Irrenhaus und die Haftentlassung des Heinz erst aus dem „Stahlhelm" erfahren hat.

Die Hilfstruppe der Sowjetfeinde

Neuauflage der antibolschewistischen Liga.

Gestern gaben sich in Göttingen die Kaiserleute, die Gruppe der „entschiedenen Linken" und was sonst noch an verzweifelten Kleinbürgern in Deutschland herumschwirrt, gemeinsam mit der NSDAP ein Stelldichein und beschlossen auf dieser „Reichskonferenz" die „Neugründung des Spartakusbundes". Die Emigranten der russischen Konterrevolution sandten der Tagung der Feinde Sowjetrußlands durch den früheren russischen Volkskommissar Steinkopf ihre Glückwünsche und begrüßte so ihre antibolschewistischen Kampfgenossen. Der ehemalige braunschweigische Ministerpräsident Merges verkündete den Zusammenschluß auf dem Boden des „unverfälschten Klassenkampfes". Iwan Kaj hetzte gegen Sowjetrußland und prophezeite eine neue Revolution gegen den „bäuerlichen Kappstaat", — die Weltrevolution sei ausgeblieben und der Bund habe sich zur Aufgabe gemacht, das Proletariat zu organisieren zum Sturze des kapitalistischen Systems mit dem Ziele der Errichtung der Räediktatur. Dann sprach Franz Pfempfert über die Stellung des Bundes zu Rußland und den internationalen Arbeiterorganisationen. Nach der Annahme zweier Entschließungen, in denen die zentralistischen Arbeiterorganisationen als für den Klassenkampf untauglich bezeichnet wurden, und nachdem den Richtlinien des Bundes zugestimmt und beschlossen waren, fand die Tagung ihr Ende.

Die bürgerliche Presse berichtet über diese Tagung, auf der nur etwa 35 Delegierte aus ganz Deutschland anwesend waren, mit besonderer Ausführlichkeit. Warum sollte sie das auch nicht? Ihre neuen Bundesgenossen im Kampfe gegen Sowjetrußland und den Kommunismus in Deutschland haben sich das wirklich verdient.

Achtung!

Beschlüsse der Bezirksleitung

zu den Wahlen in Sachsen und unseren nächsten Aufgaben sind heute auf Seite 5 veröffentlicht. Jedes Mitglied muß diese Beschlüsse lesen und seine Arbeit danach einrichten.

Massen verkörpern, sind festgelegt, waren schon lange vor den Wahlen aufgestellt, um diese Forderungen wird die KPD ihren Kampf führen, auch wenn sie dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten ihre Stimme gibt.

Die Kommunisten sind heute schon davon überzeugt, daß die SPD nicht einmal ihr eigenes Programm durchführen, ja, nicht einmal die Durchführung in Angriff nehmen werden. Das Programm der SPD wird deswegen einmal eine Anklageschrift werden, aber gegen die SPD. Es steht aber keineswegs im Vordergrund, wie sich nun die Dinge im Landtag gestalten werden, viel wichtiger ist, was die Masse der Werktätigen macht. Mit der Abgabe des Stimmzettels darf die Aufgabe keineswegs erledigt sein. Die bürgerlichen Parteien wollen eine Regierung mit den Deutschnationalen, eine Regierung des Bürgerblockes, die ADGB eine Koalitionsregierung. Da bis jetzt noch keine Einigung zwischen den Parteien erfolgen konnte, tritt wieder der Gedanke in den Vordergrund, die Regierung Heldt bestehen zu lassen.

Der Zustand soll nach dem Willen einiger Leute so lange bleiben, bis die Parteien zu einer Einigung kommen, das heißt, bis die Zeit für die Große Koalition reif ist. Die gesamte Arbeiterschaft muß dieses Manöver durchkreuzen, die Wähler, die sich am 31. Oktober gegen die Koalition entschieden haben, sind sehr wohl in der Lage, ihrem Willen Geltung zu verschaffen, wenn sie den notwendigen Druck auf die Schieber ausüben. Dieser Landtag aber gibt schon nicht mehr dem Willen der Massen Ausdruck, bei den Gemeindeverordnetenwahlen wurde das Ergebnis der Landtagswahl korrigiert.

Jetzt ist es wieder an den Massen, aufzumarschieren, die Kundgebungen der Arbeitenden müssen den parlamentarischen Schiebungen ein Ende bereiten.

Mitteldeutsche Konferenz der Werktätigen

Halle, 24. November. (Eigener Drahtbericht.) In Halle tagte gestern die **Konferenz der Werktätigen Mitteldeutschlands.** Diese Konferenz war von 408 Delegierten besucht und gestaltete sich zu einer wuchtigen Kundgebung des mitteldeutschen Industriegebiets gegen die Politik des Trustkapitals in diesem Teile Deutschlands. Die Konferenz war besucht **von 78 Betriebsdelegierten, 92 Vertretern von Ortsverwaltungen und 14 von Ortskartellen der Gewerkschaften, 91 Vertretern von proletarischen Organisationen, 66 von öffentlichen Versammlungen, 23 von Wirtschaftsvereinigungen (Auswerlung usw.) und 44 von Gemeindeparlamenten.** Die Parteizugehörigkeit ist: 24 Sozialdemokraten, 199 Kommunisten, 173 Parteilose und 12 Jugendliche. Nach den Referaten von Koenen, Schröter und Köhler wurde ein Manifest an die Werktätigen Mitteldeutschlands einstimmig angenommen, das die brennendsten Tagesforderungen stellt, wie sie das vorbereitende Komitee des Kongresses der Werktätigen aufgestellt hat, und das außerdem die **Nationalisierung der Bodenschätze Mitteldeutschlands (Braunkohle, Kupfer und Kali), der Großindustrie und des Großgrundbesitzes verlangt.** Die Konferenz bekannte sich einstimmig für eine Arbeiter- und Bauernregierung in Deutschland und wählte **99 Delegierte zum Kongreß der Werktätigen.**

Das Jungproletariat marschiert!

70 000 Demonstranten.

Berlin, 22. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Konferenz der Berliner Jungarbeiter, die am Sonntag im großen Saal des Gewerkschaftshauses stattfand, gestaltete sich zu einer wuchtigen Kundgebung der arbeitenden Jugend. **Ueber 20 000 Berliner Jungarbeiter** hatten ihre Vertreter zur Konferenz entsandt und wählten Delegierte zum Kongreß der Werktätigen. An einer Demonstration, die nach der Konferenz auf dem Friedrichsfelder Friedhof zu Ehren der gefallenen Revolutionäre stattfand, beteiligten sich selbst nach bürgerlichen Preismeldungen **60—70 000 Jungarbeiter.** Provokationen der Polizei scheiterten an der disziplinierten Haltung der Jungarbeiter.

Ein reaktionärer Vorstoß der Gewerkschaftsbureaukraten abgelehnt

Essen, 22. November. (Eigener Drahtbericht.) Gestern fand die Urabstimmung über das Ortsstatut des ADGB statt, wonach die Urabstimmung über das Ortsstatut des ADGB statt, wonach die Delegiertenwahlen der Gewerkschaftsmitgliederversammlungen das Delegiertensystem eingeführt werden sollte. An der Abstimmung beteiligten sich 2285. Davon stimmten 1166 mit Nein und 1094 mit Ja, 25 Stimmen waren ungültig. Damit war die Vorlage mit einer Mehrheit von 72 abgelehnt.

Polizeiattacke gegen Jungarbeiter

Stuttgart, 22. November. (Eigener Drahtbericht.) In Weeringen wurde eine Konferenz von Jugendlichen und Parteiorganisten, die sich mit der Vorbereitung von Jugendarbeiten beschäftigte, von der Polizei gesprengt und das Material beschlagnahmt, unter dem Vorwand, daß es sich um eine Konferenz des Jungspartakusbundes handele, der zwar in Württemberg nicht verboten ist, aber mit allen Mitteln sabotiert wird. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

Opfer der Rationalisierung

Bochum, 22. November. (Telunion.) **Auf der Krupp'schen Zeche Hannover kamen 3 Bergleute bei Ausübung ihres Berufes zu Tode.**

Zum Aufstand auf Java

Die „Prawda" schreibt: Die Kommunistische Partei Hollands hat in ihrer Presse wiederholt auf die außerordentlich schwierige Lage der eingeborenen Bevölkerung in Holländisch-Indien hingewiesen. Die Ausbeutung der Eingeborenen nimmt ungeheuerliche Dimensionen an. So wird in Holländisch-Indien bis jetzt das System der Anwerbung von Kulis durch besondere schriftliche Verträge in Anwendung gebracht. Die Arbeiter unterzeichnen die Verträge, laut denen sie absolut unerfüllbare Verpflichtungen übernehmen. Die Kulis werden einfach als Sklaven behandelt. In den meisten Fällen sind sie Analphabeten und haben nicht einmal die Möglichkeit, den Inhalt der Verträge kennenzulernen, die sie unterzeichnen. Dazu kommt, daß in den einzelnen Teilen von Holländisch-Indien noch bis auf den heutigen Tage die sogenannten „Strafverordnungen" in Kraft sind, nach denen die Plantagenbesitzer nach eigenem Ermessen das Recht der körperlichen Züchtigung an den Kulis ausüben dürfen. In der letzten Zeit noch sind wiederholt Fälle von Magenzuschnürungen und Verstümmelungen von Kulis vorgekommen.

Was die politische und soziale Aktivität der einheimischen Bevölkerung betrifft, so wird sie absolut unterdrückt. Die Kommunistische Partei und die nationalrevolutionäre Organisation „Sarkatrachab" sind illegal. Aber die holländische Regierung beschränkt sich nicht allein auf das Verbot dieser Organisationen, sondern sucht offen die nationale Bewegung in Holländisch-Indien im Blute zu ersticken. Die Nachricht über die nationale Bewegung dringen nur in geringem Maße in die Presse. Es ist jedoch bekannt, daß die Polizei ein weitverzweigtes System von Provokateuren ausgebaut hat, mit deren Hilfe sie die illegalen Organisationen bekämpft. Kürzlich wurden mit Hilfe von Lockspitzeln die kommunistische Organisation in Surabaja (im östlichen Teil von Java) aufgehoben und die Verhaftungen und Verbannungen nehmen kein Ende. Außer der verbotenen Kommunistischen Partei und der „Sarkatrachab" besitzen in Holländisch-Indien noch zwei mohamedanische radikale Organisationen und die Bewegung der sogenannten „Authaugesvereine", an deren Spitze die einheimische radikale Intelligenz steht. Unter der letzteren ist eine Bewegung im Gange, die „lebendigen Kräfte" des Landes zusammenzufassen. Alle Versuche der holländischen Behörden, eine einheimische regierungsfreundliche Organisation zu schaffen, waren bisher gescheitert.

Vom Tage

Große Sturm- und Ueberschwemmungsschäden in der Schweiz. Infolge der heftigen Regengüsse der letzten Woche auf den Südhänge der Alpen, die am Sonnabend noch durch einen Spätsturm verstärkt wurden, sind in Kanton Tessin an verschiedenen Stellen große Ueberschwemmungen hervorgerufen worden. Bei Ascona hat der gewaltige Südsturm die Ziegel von den Dächern geschleudert und in den Parks großen Schaden angerichtet. Im Kai wurde überschwemmt. Beim Palashotel wurden die neuen Kaianlagen weggerissen. In Paradiso wurde die Lokomotive durch den Sturm verwüstet.

Großfeuer in Bad Schmiedeberg. Ein Großfeuer vernichtete am Sonntag abend die ehemaligen Fahrzeugwerke, die drittgrößte Anlage der Holzbearbeitungswerke G. m. b. H. in Bad Schmiedeberg völlig ein. Das Feuer verbreitete sich mit rasender Geschwindigkeit und fand in den aufgestapelten Holzvorräten reiche Nahrung. Das Werk wurde ein Opfer der Flammen. Auch das Wohnhaus ist stark in Mitleidenschaft gezogen. In der Nacht konnte die Feuerwehr Herr des Brandes werden. Der Schaden ist sehr groß. Ueber die Entstehungsursache ist noch nichts bekannt.

Zwei schwere Bootsunfälle, — 6 Personen ertrunken. Ein Bootsunglück hat sich, wie die Montagspost aus Brandenburg meldet, am gestrigen Sonntag vormittag auf dem Plauer See bei Brandenburg ereignet. Unweit der Insel Buhnenwerder kenterte ein mit 8 Personen besetztes Boot. 3 junge Leute aus Berlin und 2 Brandenburger ertranken. Ihre Leichen sind noch nicht geborgen. Ein weiteres Unglück ereignete sich auf dem Wannsee bei Berlin. Infolge hohen Wellengangs kenterte ein Boot mit 4 Personen. Während 3 Personen wieder geborgen werden konnten, ist ein 17jähriger junger Mann ertrunken.

Bischofswerda. (Wie das Reichsbanner „politisch" diskutiert.) Ein bezeichnender Vorfall ereignete sich am 13. November beim Aufmarsch des Spielmannszuges des Reichsbanners. Am Stellplatz verteilten einige unserer Jugendgenossen Flugblätter. Plötzlich hielt der Aufmarsch im Zug, einer der Reichsbannerleute sprang aus den Reihen, schlug einem Jugendgenossen ins Gesicht, während ein anderer krampfhaft bemühte, unserem Genossen die Flugblätter zu entreißen. Durch die Geistesgegenwart und die Tapferkeit unserer Jugendgenossen mißlang der freche Ueberfall. Wegen dieses Vorfalls herrschte bei den Arbeitern berechtigte Empörung, die sich auch dadurch nicht legte, daß einer der leitenden SPD-Funktionäre sich bei unseren Genossen wegen dieses rüden Benehmens entschuldigte. Die Entschuldigung selbst wurde als ein wenig seltsam an, da angegeben wurde, man habe den Jugendgenossen „mit einem Mitglied der Vaterländischen Verbände verwechselt". Wir erwarten von den anständigen Proletariern im Reichsbanner und in der SPD, daß sie eine Wiederholung solcher Vorgänge in Zukunft unmöglich machen.

Zittau. (Dawesbahn-Idyll.) Ein schönes Stück Bürgerstück leistete sich der Fahrdienstleiter der Dawesbahn in Zittau. Am Montag, den 15. November, als die Fahrgäste zu dem Frühzuge 5 Uhr 21 Minuten nach Hirschfelde auf dem Bahnhof erschienen, mußten sie feststellen, daß die Sperre noch nicht geöffnet war. Es war fünf Minuten vor Abgang des Zuges und immer noch ließ sich niemand sehen. Die Abfahrtszeit nahte, da alles schaute sehnsüchtig durch die verschlossene Tür nach dem Zuge. Da hörte man Schritte auf dem Perron, der Mann in der roten Mütze kam, aber nicht um die Leute hinauszulassen, sondern, man höre und staune, um den leeren Zug abzulassen. Viele wollten es gar nicht glauben, sie dachten, es wäre ein Irrtum, aber der Zug fuhr fort ohne Passagiere. Die Fahrgäste, in der Mehrzahl Arbeiter, konnten erst 1½ Stunden später fahren. Wer bezahlt den Arbeitern den entgangenen Stundenlohn? — Vor einiger Zeit wurde ein Güterzug neu eingestellt. Als er abfahren sollte, war noch kein Fahrpersonal da, dies mußte erst aus der nächsten Umgebung des Bahnhofes herangeholt werden. Die Folge war, daß der Güterzug erst ½ Stunden später abfahren konnte. So geschehen im Jahre des Heils 1926.

Olbersdorf b. Zittau. (Die kommunistische Brücke.) Daß es auch in unserer Hochburg der SPD vorwärts geht, zeigten die letzten Wahlen. Während wir zur Landtagswahl 1922 167 Stimmen aufbrachten, zählten wir am 31. Oktober 401 Stimmen. Durch die „praktische Arbeit", die die SPD geleistet hat, konnten wir unsere Stimmenzahl bei der Gemeindewahl weiter verbessern und 482 Wähler um unsere Fahne scharen. Während wir bisher nicht im Gemeindeparlament vertreten waren, erhalten wir nunmehr 3 Sitze, die SPD 4 und die Bürgerlichen 8. Es ist jetzt die Aufgabe der Olbersdorfer Proletarier, dafür zu sorgen, daß Hand in Hand mit den kommunistischen Gemeindevertretern dem Willen der proletarischen Mehrheit gebührend Geltung verschafft wird.

Neugersdorf. Bei dem diesmaligen Wahlkampf stellten die Bürgerlichen alle Minen springeen, um eine Arbeiterwahl zu verhindern. Auch die SPD beteiligte sich an den widerlichen Wahlschiebereien. So setzte sie sich am Freitag vor der Wahl durch einen Handstreich am hiesigen Bahnhof in den Besitz unserer Flugblätter, um am Sonnabend ein gehässiges Lügenflugblatt herauswerfen zu können. Dabei wurden sie von der „Lobauer Volkszeitung" kräftig unterstützt, die beschränkterweise in der Sonnabendnummer gegen zwei Genossen unserer Kandidatenliste gemeine Anschuldigungen erhob, auf die wir später noch zurückkommen werden. Genützt haben die Manöver nicht viel. Der Bürgerverein erhielt 2235 Stimmen und gewannen zu ihren 10 Sitzen noch einen elften. Die Kommunisten zählen 697 Stimmen und hielten ihre 3 Sitze, während der Sparerbund mit 758 Stimmen ebenfalls 3 Sitzen erhielt. Da die hiesige Sparerbündler sich zur Linken zählt, kann man das Verhältnis pat 11 zu 11 einstellen. Die schon totgesagte KPD hat gegenüber der Landtagswahl 25 Stimmen gewonnen. Der Stadtrat setzt sich zusammen aus 2 SPD-, 1 KPD- und 2 bürgerlichen Vertretern. An den proletarischen Wählern liegt es, durch Druck von unten gemeinsam mit den kommunistischen Vertretern einen Block an die Bürgerlichen nach dem berüchtigten Berliner Muster unmöglich zu machen. Die kommunistischen Gemeindevertreter werden ihre Kraft daransetzen, dem Willen der proletarischen Wähler Geltung zu verschaffen.

Auslandswochenschau

Der Aufstand auf Java — Nach der Konferenz von Odessa — Mussolini lenkt ein — Amerika und das Weltschiedsgericht — Die Weltwirtschaftskonferenz in Genf — Wahlen in Ungarn und Polen

A. R. Der Aufstand auf Java hat eine viel größere Bedeutung als es den meisten Lesern der kurzen Telegramme über jene Vorgänge klar sein wird. Es handelt sich um den Freiheitskampf eines Volkes von 40 Millionen gegen den europäischen Kapitalismus. Niederländisch-Indien ist seit Jahrhunderten eine Hauptquelle des Wohlstandes der holländischen Großbourgeoisie. In den letzten Jahrzehnten hat die holländische Kapitalistenklasse eine enge Verbindung mit der englischen Bourgeoisie geschlossen. So ist der große britische Petroleumtrust Royal Dutch Shell eine Vereinigung englischer und holländischer Kapitalisten. Die Unterdrückung der Eingeborenen in Holländisch-Indien ist außerordentlich stark. Die Plantagenarbeiter werden fast wie Sklaven behandelt. Den Kleinpächtern und städtischen Arbeitern geht es nicht viel besser. Die Revolutionsbewegung auf Java und den anderen Inseln Holländisch-Indiens wird vor allem durch drei Momente beeinflußt.

1. Das Vorbild der chinesischen Revolution. Kanton ist räumlich von Java nicht allzuweit entfernt (wenigstens für asiatische Begriffe) und auf Java leben Hunderttausende von Chinesen, die aus der Heimat die revolutionären Gedanken empfangen.

2. Der Einfluß der mohamedanischen Welt. Ein großer Teil der Bevölkerung Holländisch-Indiens gehört dem Islam an. So ergeben sich wichtige Verbindungen mit Arabien, Aegypten und der Türkei, also mit der national-revolutionären antiimperialistischen Mohamedanerbewegung.

3. Die verhältnismäßig starke einheimische Gewerkschaftsbewegung auf Java. Die junge Kommunistische Partei Javas hat es verstanden, in den Gewerkschaften starken Einfluß zu gewinnen. Darüber hinaus bildet unsere javanische Bruderpartei den linken Flügel der großen nationalrevolutionären vorwiegend mohamedanischen Bewegung. Die holländischen Militaristen verfolgen seit Jahren die KP Javas aufs heftigste. Trotzdem ist der Einfluß unserer Bruderpartei gestiegen. Der große Aufstand, der seit einigen Wochen in Holländisch-Indien im Gang ist, trägt ungefähr den Charakter der chinesischen Revolution. Es ist keineswegs eine rein kommunistische Bewegung, sondern es handelt sich um eine breite Volksbewegung, deren linken Flügel die Kommunisten darstellen. Ob die Kraft des Aufstandes schon jetzt ausreichen wird, um die holländischen Kapitalisten nebst ihren englischen Freunden aus Java zu verjagen, läßt sich von hier aus nicht übersehen. Es sei nur daran erinnert, wie viele Wechselfälle und Rückschläge die chinesische Revolution in den letzten Jahren durchmachen mußte. Die geschichtliche Bedeutung der javanischen Ereignisse liegt vor allem darin, daß wir hier ein Uebergreifen der südchinesischen Revolution an andere asiatische Länder feststellen.

*

Die russisch-türkische Konferenz in Odessa beschäftigt nach wie vor die englische, französische und italienische Presse. In erregten Kommentaren wird der neueste Erfolg der Außenpolitik Sowjetrußlands erörtert. Die Mißstimmung darüber, daß die Türkei die Völkerbundsorientierung aufgegeben hat, ist unverkennbar. Neue militärische Abenteuer der europäischen Imperialisten gegen die Türkei sind ebenfalls durch die russisch-türkische Verständigung erschwert.

Mussolini gibt sich inzwischen alle Mühe, um die italienisch-französische Spannung zu vermindern. Er hat höchstselbst einen französischen Journalisten empfangen und ihm dargelegt, welches Mißtrauen er für Frankreich empfindet. Mussolini ist klug genug, um einzusehen, daß ein Faschistenkrieg gegen die Türkei oder gegen Frankreich ein sehr übles Abenteuer werden kann. Aber die eigenartige Konstruktion des italienischen Faschistenstaates führt von selbst zu immer neuen Kriegsgefahren. Mussolini kann die Geister, die er rief, nicht mehr los werden. In seiner Unterredung mit dem Mitarbeiter des „Matin" hat denn auch Mussolini als Gegenleistung für eine Verständigung mit Frankreich die Begünstigung der italienischen Einwanderung in Tunis gefordert. Die französische Bourgeoisie denkt aber gar nicht daran, in ihre wertvolle Kolonie noch mehr Agenten des Faschismus hereinzulassen, als dort bereits vorhanden sind. Das Mittelmeer ist zurzeit ein Gebiet höchster politischer Unsicherheit.

*

Die Wahlen in den Vereinigten Staaten mit ihrer teilweisen Niederlage der regierenden Republikaner haben eine eigenartige Folge gezeitigt: Präsident Coolidge hat erklärt, daß ein Beitritt zum Haager Weltschiedsgericht für die Vereinigten Staaten nicht mehr in Frage kommt. Das Haager Gericht ist ein Ableger des Völkerbundes. Seit längerer Zeit bemüht man sich Amerika zur offiziellen Beteiligung an diesem Gerichtshof zu veranlassen. Auf diese Weise wäre eine wenigstens nicht amtliche Verbindung Amerikas mit dem Völkerbund hergestellt worden. Der amerikanische Senat hatte nun eine Reihe von Bedingungen formuliert, unter denen Amerika genügt wäre, dem Haager Gericht beizutreten. Im letzten September verabredeten sich die Völkerbundmächte über eine gemeinsame Antwort auf die amerikanischen Vorbehalte, die ein weites Entgegenkommen zeigte. Man rechnete allgemein mit dem bevorstehenden Anschluß Amerikas an das Haager Gericht. Die republikanische Partei der Vereinigten Staaten glaubt nun aber bessere Wahlgeschäfte zu machen, wenn sie die Isolierung von allen europäischen Händeln noch stärker betont. Bleibt diese neue Tendenz der amerikanischen Politik eine gewisse Zeit bestehen, so muß sie sehr wichtige Folgerungen für die europäische Entwicklung haben. Die europäischen Kapitalistenkreise setzen inzwischen auch ohne Amerika im Rahmen des Völkerbundes die Arbeit an internationalen Projekten fort. So tagte kürzlich in Genf die vorbereitende Kommission der Weltwirtschaftskonferenz. Man rechnet damit, daß im Mai die Weltwirtschaftskonferenz selbst stattfinden wird. Die Konferenz wird einen Versuch darstellen, die Projekte von Thoiry und von Romsey miteinander auszugleichen. Es ist aber durchaus unwahrscheinlich, daß es auch nur im europäischen Rahmen gelingen kann, die kapitalistischen Gegensätze zu beseitigen.

*

Die Kommunalwahlen in Oberschlesien haben neben beachtenswerten Erfolgen der KP Polens im allgemeinen Siege der deutschen Parteien und Niederlagen der polnischen Nationalisten gebracht. Die Bourgeoisie Ostoberschlesiens zieht eben das „kapitalisierte" und „rationalisierte" Deutschland dem polnischen Chaos vor. Das Wahlresultat hat die polnische nationalistische Verstimmung gegen Deutschland wieder gesteigert. Dadurch ist die von England erstrebte deutsch-polnische Verständigung wiederum erschwert worden. Die Lage der Pilsudski-Regierung wird innen- und außenpolitisch von Woche zu Woche schwieriger. Die Gefahr eines abenteuerlichen Lösungsversuches besteht immer noch. Viel leichter als Pilsudski hat es der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen. Er ist der unbestrittene Führer des ungarischen Feudalismus und der Bourgeoisie. Die Sozialdemokraten sind ihm ergeben. Die einzige Gefahr, die dem herrschenden System in Ungarn droht, ist die Arbeiter- und Bauernrevolution, die zurzeit aus verschiedenen Gründen noch nicht reif ist. Bethlen hat das Parlament aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben, die ihm eine überwältigende sichere Mehrheit liefern sollen. In Ungarn sind sämtliche bürgerliche Parteien einschließlich der alten Sozialdemokratie vollkommen korrupt. Die Wahlvorbereitung erschöpft sich in einem Wettlauf in den Kassen des Ministerpräsidenten. Ernsthafte Gegner Bethlens im bürgerlichen Lager sind höchstens ein paar kleine Gruppen von Fanatikern. Bethlen bringt es fertig, zugleich die Antisemiten und die jüdische Kaufmannschaft Budapests vor seinen Wagen zu spannen. Die KP Ungarns ist illegal und kann sich unter dem Horthyterror an den Wahlen nicht beteiligen. Die klassenbewußten Arbeiter Ungarns dürfen daher der sozialistischen Bauernpartei ihre Stimme geben. Auch diese Partei wird dem unerhörtesten Terror der Behörden ausgesetzt sein. Wenn es der klassenbewußten Arbeiterschaft gelingen sollte, unter diesen Umständen auch nur einige Mandate für das Parlament zu erobern, so wäre das schon ein einziger Erfolg.

Die Wahlen und unsere Aufgaben

Die Bezirksleitung des Bezirks Ostsachsen nahm in ihrer letzten Sitzung zu dem Ausgang der Wahlen und unseren nächsten Aufgaben eingehend Stellung. Nachfolgende Resolution wurde von der BL einstimmig angenommen.

I.

Die Wahlen zum Landtag und in den Gemeinden im Oktober und November 1926 zeigten einen starken Aufschwung der Kommunistischen Partei, ein absoluter breiter Wählerschichten von den alten Parteien, von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie in Sachsen.

Die Ursachen des Vormarsches der KPD bei den Wahlen in Sachsen sind zu suchen einerseits in der brutalen Ausbeutung durch das deutsche Industrie- und Bankkapital, in der Durchführung der Rationalisierung auf Kosten der Hand- und Kopfarbeiter, in der ungeheuren Steuerbelastung aller werktätigen Schichten durch Reich, Land und Gemeinde usw. und die durch diese Ausbeutungsmethoden bedingte Zerstörung jener Illusionen, die von den Führern der Sozialdemokratie systematisch und in der Absicht, die Arbeiterklasse zu betrügen, genährt wurden und noch genährt werden.

Kein Zweifel ist möglich: Immer breitere Schichten der Arbeiterklasse erkennen, daß der Weg und die Politik der Sozialdemokratie falsch ist. Nicht durch die Demokratie im Staat und durch die den Reformismus als Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung, kann ein Ausweg aus der finsteren Gegenwart gefunden werden das erkennen die Arbeiter mehr und mehr — das beweisen die letzten Wahlen in Sachsen.

Andererseits sind die Ursachen des Vormarsches der KPD in der richtigen Politik der Partei seit dem Erscheinen des „Offenen Briefes" zu suchen. Die Einheitsfrontaktik mit der Losung „Heran an die Massen", um in den Organisationen der Arbeiterklasse zäh und entschieden für die Arbeiter zu wirken, ist die einzige erfolgreiche Methode zur Erreichung des nächsten Zieles der KPD:

Die Mehrheit der Arbeiterklasse von den reformistischen Führern zu lösen und für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen.

Der gewaltige Stimmenzuwachs bei den Wahlen legt der Partei eine große Verantwortung auf. Die Partei, ja jedes einzelne Parteimitglied, muß sich dieser Verantwortung bewußt sein und alles tun, um das von breiten Schichten der Werktätigen der Partei dargebrachte Vertrauen durch praktische Arbeit zu rechtfertigen und zu festigen. Der Boden ist für die Partei aufnahmebereit. Jedes einzelne Parteimitglied muß überall Säemann und Kämpfer sein. In den Betrieben, Gewerkschaften, Genossenschaften und anderen Arbeiterorganisationen muß jedes Parteimitglied im Interesse der dort vereinigten Massen wirken. Um die geringste Arbeit und Funktion im Interesse der Massen müssen sich die Parteimitglieder ohne Ausnahme reißen und kämpfen, weil durch die Ausübung der kleinsten Funktionen, weil durch die Behebung der winzigsten Nöte durch unser Wirken das Vertrauen der Massen zur Partei erweitert und befestigt wird.

Kommunist sein, heißt Kämpfer sein!

Nur die Arbeit der Gesamtpartei für die Massen der Werktätigen kennt außerparlamentarische Stützpunkte, auf die sich die kommunistische Fraktion im Landtage allein stützen kann, um für die werktätigen und erwerbslosen Massen erfolgreich zu wirken. In engster Verbindung mit der Arbeit in den Massenorganisationen muß der organisatorische Ausbau der Partei von der kleinsten Zelle und Ortsgruppe bis zur Bezirksleitung und die politische Schulung der Parteimitglieder sich vor sich gehen. Jedes einzelne Parteimitglied muß aktiver Parteiarbeiter sein! Würde unser ostsächsischer Parteibezirk organisatorisch leistungsfähiger, die Arbeit jeder Leitung von unten bis oben beweglicher und systematischer, sein Handeln aktiver gewesen sein, bei der vorhandenen Beliebtheit der Partei in den Massen, hätten wir jetzt schon von der Sozialdemokratie viel breitere Massen abtrennen müssen.

Aber, unser Parteiapparat und seine organisatorischen, agitatorischen, propagandistischen, finanziellen und politischen Leitungen sind noch sehr schwach. Im Winterhalbjahr muß die Schwäche beseitigt, muß jedes Parteimitglied zum aktiven Parteiarbeiter, muß jede Leitung arbeitsfähig gestaltet werden, damit wir die Partei und die „Arbeiterstimme" entsprechend des angetroffenen Einflusses bei den Wahlen in den Massen erweitern und verankern.

Die Bezirksleitung der KPD Ostsachsen fordert von allen Parteimitgliedern restloses Mitwirken am Ausbau der Partei, an der Erweiterung des Einflusses der „Arbeiterstimme". Als der berufene Führer des revolutionären Vortrupps des Proletariats in Ostsachsen ruft sie alle revolutionären Arbeiter ein, der Partei beizutreten, in ihr und mit ihr aktiv zu handeln, um durch die **außerparlamentarische Massenaktion die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse durch das Bank-, Industrie- und Agrarkapital für immer zu beseitigen.** Eine brennende Gegenwartsaufgabe ist die Arbeit für den **Kongreß der Werktätigen** in den letzten Betrieb zu tragen, alle Werktätigen für den KdW zu mobilisieren.

2.

Aufgaben der Landtagsfraktion und der Gemeindevertreter.

Seit den Wahlen am 31. Oktober ist die KPD-Fraktion die zweitstärkste im sächsischen Landtage. Jetzt wird sie noch mehr als bisher in der Lage sein, sich der Interessen aller Unterdrückten und Ausgebeuteten annehmen und bei all ihren Handlungen, einschließlich der Regierungsfrage, sich nur von diesen Gesichtspunkten leiten zu lassen.

Die KPD-Fraktion wird im Landtage fortlaufend durch ihre Anträge die anderen Parteien an die Wahlversprechungen erinnern und dadurch aufzeigen, daß die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme und die Sozialdemokratie, die Wähler belogen haben, weil sie im Parlament mit Hohn und Spott behandeln, was sie vor der Wahl dem Volke versprochen haben. Jedes Parteimitglied hat die Aufgabe, das Wirken der Fraktion zu verfolgen und in der Agitation und Propaganda den volksfeindlichen Charakter aller andern Parteien nachzuweisen.

Dieser Landtag — das müssen wir Kommunisten überall klar und deutlich aussprechen — wird keine der brennendsten Lebensfragen im Sinne der Arbeiter, der Mittelschichten und der selbstschaffenden Bauern lösen. **Wir fordern die Auflösung dieses Landtages,** weil die Gemeindewahlen zeigen, daß diese Landtagszusammensetzung dem Willen der Wählermassen schon nicht mehr entspricht.

Nach der großen, wenn auch noch verschämten Koalition im Reiche muß durch die Haltung der KPD im Sächsischen Landtage den SPD-Arbeitern gezeigt werden, daß auch ihre linken Führer bewußt, wenn auch noch versteckt, der Großen Koalition zustreben.

Jeder kommunistische Gemeindevertreter muß sein Anwalt der Ortsarmen, der Erwerbslosen der Opfer der Arbeit und des Krieges sein. Die kommunistischen Vertreter in den Gemeinden müssen sich bei ihrer Arbeit auf die werktätigen Massen im Orte stützen. Bei jeder wichtigen Behandlungsfrage muß die Partei Einwohnerversammlungen einberufen, um die eigene Tätigkeit und das arbeiterfeindliche Verhalten der Gegner aufzuzeigen, wenn die Partei ein enges Band zwischen unseren Gemeindevertretern und den Werktätigen des Ortes zu schlingen versteht, werden wir in jeder Gemeinde von Erfolg zu Erfolg schreiten.

3.

Zur innerparteilichen Lage.

Die Bezirksleitung der KPD Ostsachsen heißt die Politik des Zentralkomitees gut. Sie ist die einzig erfolgreiche Politik in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Lage Deutschlands. Sie begrüßt es, daß das ZK in der Behandlung der oppositionellen Strömungen in der Partei eine große Geduld und Nachsicht geübt hat, die bis an die äußerste Grenze des überhaupt Zulässigen in der Kommunistischen Partei reichte. Mit Korsch und Schwarz, mit Maslow und Ruth Fischer und deren Schattengebilde Scholem und Urbahns, mußte die Partei reinen Tisch machen, weil diese Werkzeuge den Weg des Kampfes, den Lenin dem Proletariat der Welt lehrte, verlassen haben, weil sie Arm in Arm mit Kautsky und Dan Sowjetrußland beschimpfen, weil sie durch ihre fortwährende Fraktionsmacherei die Einheit und Schlagkraft der Partei gefährdeten.

Eine schwere Schädigung der Partei erblickt die Bezirksleitung der KPD Ostsachsen in der Resolution der Bezirksleitung Pfalz „Zur Erklärung der russischen Opposition" vom 27. Oktober 1926. Dieselben Beschimpfungen und Verdächtigungen, die von der Bezirksleitung der Pfalz gegen das russische Zentralkomitee erhoben wurden, haben die Mitglieder der ostsächsischen Voll-BL überzeugender und besser formuliert **in der reformistischen Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Parteipresse angetroffen.** Es bedeutet eine Gefahr für die Gesamtpartei, wenn unser ZK es duldet, daß eine Bezirksleitung in nicht zu überbietender Ueberheblichkeit das ZK der russischen Bruderpartei anfeindet und mit ausgesprochen menschewistischen Vorwürfen überschüttet, ohne zu versuchen, auch nur einen Beweis für die Behauptungen anzutreten. Der kommende Parteitag in Essen wird mit derartigen Zuständen endgültig aufräumen müssen, wenn die deutsche Partei eine wirkliche kommunistische Partei werden will.

Zur Vorbereitung des Reichsparteitages 1926.

Die Voll-BL verpflichtet alle Betriebs- und Straßenzellen, in der ersten Dezemberwoche in einer Mitgliederversammlung zum Reichsparteitag und den diesem vorangehenden Bezirksparteitag Stellung zu nehmen. Das Rundschreiben des ZK zur organisatorischen Vorbereitung des Reichsparteitages, muß in allen Betriebs- und Straßenzellen auf das gründlichste besprochen werden. Die Voll-BL verpflichtet die Leitungen aller Betriebs- und Straßenzellen, daß durch möglichst schriftliche Einladung jedes Mitglied vom Stattfinden der Versammlung rechtzeitig Kenntnis erhält. (Nähere Anweisungen ergehen durch Rundschreiben.) In jeder Betriebs- und Straßenzelle und den Ortsgruppen, muß zur politischen Lage, den Aufgaben der Partei Stellung genommen und daraus jene Schlüsse gezogen werden, die von der Parteimitgliedschaft dem Reichsparteitag als Aufgabe zugedacht sind. Die Vorbereitungen zum Bezirks- und Reichsparteitag müssen benutzt werden, zur politischen Schulung und organisatorischen Festigung der Partei in Ostsachsen.

Vorwärts, weiter vorstoßen!
Durch Kampf zum Sieg!

BL Ostsachsen

Ortsausschuß Seifhennersdorf

Vollversammlung der Betriebsräte und des Ortsausschusses des ADGB. In der letzten Sitzung des Ortsausschusses hielt der Kollege Lehmann, Neugersdorf, ein Referat über das bestehende Arbeitsrecht und das einheitliche Arbeitsgerichtsgesetz. In der Aussprache wurden von einer Anzahl Kollegen einige Fragen, die sich auf dieses Gesetz bezogen, diskutiert und vom Referenten beantwortet. Unter dem Punkt Allgemeines wurde von Kollegen Hoffmann (Rußlanddelegierter) die Differenz mit dem Vorsitzenden richtiggestellt und die Berichterstattung der „Volkszeitung für die Oberlausitz" unter die Lupe genommen. Darauf setzte die übliche Rußlandhetze wieder ein. Nachdem der Genosse Simm zu diesen Fragen gesprochen hatte, wurde beschlossen, die Betriebsräte allmonatlich wieder zusammenzufassen.

Wahlsieg der revolutionären Gewerkschaften in Frankreich

Paris, 20. November. (Eig. Drahtbericht.)

Bei den Schiedsmännerwahlen im Seine-Departement hat der unitäre (revolutionäre) Gewerkschaftsverband mit 28 bei insgesamt 45 Mandaten einen durchschlagenden Erfolg davongetragen. Die konföderierten (reformistischen) Gewerkschaften haben nur 8 und die katholischen Gewerkschaften und die Nichtorganisierten 9 Mandate erreicht. Die Stichwahlen, die am letzten Sonntag stattfanden, haben den roten Gewerkschaften 7 weitere Mandate eingebracht. In übrigen Orten, wo die unitären Kandidaten an der Spitze marschieren, findet noch Stichwahl statt.

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. Grenadierstraße und Filialen

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Von Robert Tressal.

(64. Fortsetzung)

Zwei von ihnen, die den anderen ein paar Meter voraus fuhren, hatten an der Lenkstange schlanke, aufrechte Fahnen. Auf der einen, die purpurrot war, stand in silbernen Buchstaben „Internationale Brüderlichkeit und Freiheit". Die andere Fahne war in Größe und Farbe ungefähr gleich, hatte aber die Inschrift: „Einer für alle, alle für einen." Während der Fahrt verteilten sie Flugblätter an die Leute auf der Straße, u. wenn irgendwo viele Leute zusammenstanden, so stiegen sie ab und verteilten auch hier Flugblätter. Auf ihrem Weg über die große Parade machten sie ein paar lange Pausen bei jeder Menschenmenge. Dann fuhren sie über den Berg nach Windlen, das sie gerade vor der Eröffnungszeit erreichten (in England werden die Wirtshäuser am Sonntag erst nachmittags, in Schottland sogar erst abends geöffnet). Dort standen vor verschiedenen Wirtshäusern schon kleinere Ansammlungen, und viele Leute, die sich auf dem Heimweg von der Kirche und Kapelle befanden, gingen durch die Straße. An alle teilten die Fremden Flugblätter aus und sie gingen auch in die Seitenstraßen und steckten Flugblätter in die Briefkästen und unter die Tür. Als ihr Vorrat erschöpft war, stiegen sie wieder aufs Rad und fuhren den Weg zurück, den sie gekommen waren.

Währenddessen hatte sich die Nachricht von ihrer Ankunft verbreitet, und auf dem Rückwege durch die Stadt wurden sie mit Pfeifen und Gröhlen begrüßt. Einer warf einen Stein nach ihnen, und da zufällig viele Steine dalagen, folgten andere seinem Beispiel und rannten hinter den sich zurückziehenden Radfahrern her mit Steinwürfen, Schreien und Flüchen.

Das Flugblatt das diese ganze Wut erregt hatte, lautete:

Was ist Sozialismus?

Gegenwärtig erzeugen die Hand- und Kopfarbeiter fortwährend Nahrungsmittel, Kleidungsgegenstände und alle nützlichen und schönen Dinge in größtem Ueberfluße

Aber sie arbeiten vergeblich,

denn die meisten sind arm und viele leiden Mangel. Ihr Leben ist ein harter Kampf. Ihre Frauen und Kinder leiden, und im Alter bedroht sie völlige Verarmung.

Der Sozialismus ist ein Plan, der die Armut abschaffen soll, und durch den alle in die Lage versetzt werden sollen, auskömmlich und angenehm zu leben, mit Muße unter Möglichkeiten auf ein freieres Dasein.

Wer mehr von diesem Plan hören möchte, komme auf das Feld bei der Kreuzstraße am Berg von Windlen, Dienstag abend um 8 Uhr, und

halte Umschau
nach dem sozialistischen Wagen.

Die Radfahrer fuhren unter Steinhagel ab. Sie nahmen jedoch nicht viel Schaden. Einem wurde die Hand verletzt und einen anderen, der sich zufällig umsah, traf ein Stein an der Stirne, doch waren dies die beiden einzigen Zwischenfälle.

Am folgenden Dienstag abend, lange vor der festgesetzten Zeit sammelte sich eine große Menge an der Kreuzstraße am Berg von Windlen, die offenbar bereit war, den Sozialisten einen warmen Empfang zu bereiten.

Nur ein uniformierter Polizist war da, doch waren verschiedene Kriminalschutzleute in der Menge.

Crab, Dick, Wantlen, der Halbbesoffene, Sawtins, Bill Bates und ein paar andere Kunden aus dem „Kricketspieler" waren da, und vereinzelt waren auch Gewerbetreibende unter der Menge, mit Einschluß des „alten Freundes" Herrn Kleins, des Kaufmannes, und von ein paar Damen und Herren, die alle ziemlich gut situiert aussahen; doch die Masse der Versammlung bestand aus Arbeitern, gelernten und ungelernten, und halbwüchsigen Burschen.

Da die Menge ganz offenbar Uebles plante — viele hatten die Taschen voller Steine und waren mit Stöcken bewaffnet —, so wollten ein paar von den Ortsansässigen vom Wagen entgegen gehen, um die Leute zu überzeugen, nicht weiter heranzukommen, und in dieser Absicht gingen sie die Straße entlang in der Richtung, aus der der Wagen erwartet wurde.

Sie waren jedoch noch nicht weit, als die Leute, ihre Absicht erratend, ihnen folgten, und während sie noch zögerten, welchen Weg sie gehen sollten, kam der Wagen, begleitet von fünf oder sechs Radfahrern, schon um die Ecke am Fuße des Hügels.

Sobald die Menge ihn sah, stieß sie ein Frohlocken aus, das wie ein Schrei klang, und rannte den Hügel hinunter. In wenigen Minuten war der Wagen von einem heulenden Mob umgeben.

Der Wagen wurde von zwei Pferden gezogen. An der Rückseite befand sich eine Tür und eine kleine Plattform und darüber eine Zeichnung mit weißen Buchstaben auf rotem Grund: „Der Sozialismus, die einzige Hoffnung der Arbeiter!"

Der Kutscher hielt, und ein anderer Mann erschien hinten auf der Plattform und versuchte, zur Menge zu sprechen. Aber seine Stimme war unhörbar in dem Tumult, in dem Schreien, Heulen, Pfeifen, Zischen und den gemeinen Flüchen.

Als das wohl eine Stunde gedauert hatte, begann die Menge gegen den Wagen zu drücken, um ihn umzuwerfen.

Die erschreckten Pferde wurden störrisch und unlenksam, und der Mann, der auf dem Führersitz saß, versuchte, den Berg hinaufzufahren. Das schien die Horde Wilder, die den Wagen einschloß, noch mehr zu erboßen. Sie packten die Räder und drehten sie rückwärts, wobei sie brüllten, daß sie dahin gehen sollten, woher sie gekommen waren. Einige nahmen die Pferde beim Kopf und drehten sie unter Brasorufen herum. Der Mann auf der Plattform versuchte, sich noch verständlich zu machen, doch erfolglos.

Die Fremden, die mit dem Wagen gekommen waren, und die kleine Gruppe von Sozialisten aus dem Orte, die sich ihren Weg vor die Plattform zu dem verhinderten Redner gebahnt hatten, vermehrten den Lärm nur noch mehr durch ihren Appell an die Menge, „dem Mann eine faire Chance" zu geben. Diese kleine Leibwache umgab den Wagen dicht, als er sich langsam den Hügel hinabbewegte. Doch waren ihr die anderen an Zahl weit überlegen, und da der Mob unzufrieden war mit dem Tempo, in dem sich der Wagen vorwärts bewegte, begann er zu brüllen: „Nehmt ihnen Beine, nehmt ihnen den Wagen weg", und die verschiedensten Versuche wurden gemacht, diesen Vorschlag in die Tat umzusetzen.

Ein paar von den Verteidigern wurden durch ihre Räder behindert, aber mit ungeheurer Mühe gelang es ihnen, die Menge zurückzuhalten, als der Fuß des Berges erreicht war.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitersport

Bezirksmeisterschaftsspiel

DSV 10 — Pieschen 4:2 (1:1) Eden 4:3

Die Entscheidung ist gefallen! DSV hat anscheinend den Bezirksmeisterschaftstitel, auf Jahre hinaus gepachtet — und Pieschen, der ewig „Zweite" mußte seine Hoffnungen wieder auf ein Jahr begraben. Ueber eins ist man sich bei diesem Spiele jedoch klar geworden, daß dem Gewinner der Sieg nicht so leicht gemacht worden ist, wie in den vorher gegangenen Spielen. Diese Erkenntnis ist von Vorteil für die kommenden Spiele, um dieselbe Ehre und es ist nicht ausgeschlossen, daß es den Pieschenern schon einmal klappen wird. Auch am gestrigen Sonntag schien es fast im Anfangsspurt so, als ob es Pieschen unter allen Umständen machen wollte und, als gar Pieschen nach wenigen Minuten durch halbrechts in Führung gehen konnte, möchte man schon beängstigende Augen auf der Gegenseite. Dem Spiele lag ein äußerst flottes Tempo zugrunde. Abwechslungsreiche und spannende Momente vor beiden Toren — rettend mußten die Tormänner beider Parteien eingreifen, besonders Pieschens Torer hatte öfters Gelegenheit sich seiner Aufgabe in mustergültiger Weise zu entledigen, löste aber in seiner Manier diese. Die Spielweise, raumgreifendes Flügelspiel wurde von beiden Mannschaften gut durchgeführt. Beim Gewinner bevorzugte man die rechte Seite besonders, Pieschen schickte beide Flügel gleichmäßig ins Feuer. Nach längeren Anstrengungen kann DSV einen Strafstoß, unheimlich scharf geschossen, zum Ausgleich anbringen. Leider wurde in diesem Falle dem Hüter die Sicht versperrt, sonst wäre dieser eine sichere Beute des Tormannes gewesen. Halbzeit: Leiche überlegen gestaltet jetzt der DSV für einige Zeit das Spiel und in dieser Periode fällt für diese aus einem Gewusel der Führungstreffer, dagegen wird aber ein Elfmeterball verschossen. Aber auch Pieschen wehrt sich tüchtig, macht sich frei — und bei einem plötzlichen Durchbruch wird der Ausgleich von Mitte verschenkt. Recht unangenehm macht sich die immer härter werdende Spielweise beider Mannschaften bemerkbar. Pieschen muß dieses mit der Herausstellung eines Spielers büßen, ein anderer muß verletzt auf einige Zeit das Feld verlassen. In dieser Zeit erhöht DSV das Resultat um ein weiteres Tor. Aber auch Pieschen kann mit nur 10 Mann spielend, ein Tor aufholen. Den Ausgleich verschießt aus ganz sicherer Position halblinks, trotzdem, der DSV-Torer sich sehr weit im Spielfelde befand. Dagegen ist der Bundesmeister glücklicher und kann in den letzten Minuten durch einen vierten Treffer die Meisterschaft sicher stellen. Der Gesamteindruck wäre bestimmt ein noch besserer gewesen, hätten sich die Spieler beider Parteien noch mehr an Sportdisziplin gehalten. Dem neuen Bezirksmeister aber für seine weiteren Spiele wünschen wir ein gutes Abschneiden und vor allem, daß es auch wieder zur Bundesmeisterschaft langt.

---

1. Klasse: Cotta 1—Wilschdorf 1 2:2 (2:0); Spielvereinigung 02—Eintracht 3:3 (2:1); Helios—Löbtau 1 9:2 (5:3); Radeberg 1—Neustadt 1 0:0; Botschappel—Jaucherode 1:2.

2. Klasse: DSV 15—Cossmannsdorf 1 3:1 (3:0); Kötzschenbroda 1—09 1 5:1 (4:0); BfR 1—Fortschritt 1 5:2.

Untere Mannschaften: Kleinnaundorf 1—Brand-Erbisdorf 1 8:1; Kleinnaundorf 2—Dippoldiswalde 1 1:4; Cotta 2—Zschachwitz 2 2:2; Weißig 2—Jaucherode 2 3:2; Weißig 3—Jaucherode 3 6:1; Birkigt—Burgk 1 4:2; Birkigt 2—Lockwitz 2 3:2; Birkigt 3—Coßebaude 2 3:1; Helios 2—Löbtau 2 6:1; Helios 3—BfR 2 1:1; Kötzschenbroda 2—Cossebaude 2 1:6; Neustadt 2—Eintracht 2 4:4; Neustadt 3—Striesen 2 4:0; Großröhrsdorf 1—Bermsdorf 1 1:2; Großröhrsdorf 2—Friedrichstadt 2 3:2; Cossmannsdorf 2—Dölzschen 1 12:2; 02 2—DSV 2 1:1; 02 4—DSV 4 1:1.

Jugend: Cotta 3—Kleinnaundorf 1 0:1; DSV 1—Burgk 1 4:2; DSV 2—Neustadt 2 1:3; Sportfr. 09 1—Spielv. 02 1 2:4; Sportfr. 09 2—Löbtau 2 3:1 Helios 1—Cossmannsdorf 1 0:6; Kötzschenbroda 1—Meißen fr. T. 2:2; Neustadt 1—Radebeul 1 3:0; Neustadt 2—DSV 15 3:1; BfR—Fortschritt 1 2:1; BfR 2—Heidenau 2 1:0; Leschwitz 2—Spielv. 02 3:2.

Schüler: Pieschen—Heidenau 1:3, Cotta 2—DSV 2 1:0; Kötzschenbroda—DSV 1:3; Neustadt 1—Friedrichstadt 1 1:1; Radebeul 2—Cotta 2 1:1; Neustadt 3—Sportverein 01 1 2:1; BfR 1—Cotta 1 2:3; Kleinnaundorf 1—DSV 1 1:0; BfR 1—Cotta 1 2:3; Kleinnaundorf 1—Kleinnaundorf 2:2; Pottschappel—Löbtau 4:3.

Altersmannschaften: DSV 15—Kleinnaundorf 2:2; Pottschappel—Löbtau 4:3.

Wasserballspiele: West 1—West Kel. 13:1; Altst.-Ost 1 Jgd.—West 2 9:1. Nächste Spiele im Günzbad: 23. 11. 8 Uhr Altst.-Ost Kel.—Nord 1 Hohlfeld, West. 24. 11. 7 Uhr Neust. 3—Altst.-Ost 2 Augustin, Nord. 25. 11. 8 Uhr Altst.-Ost 2 Jgd.—West 1 Jgd. Koch, Neust.

Arbeiter-Sportkartell Dresden. Sitzung am 15. November. Kurt gibt bekannt, daß der Antrag, die Schulräume für sportärztliche Untersuchungen bis abends 10 Uhr freizustellen, genehmigt sei. Das Schulamt soll ersucht werden, die Zimmer unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Befürwortet wird, die Schulkinder und Fortbildungsschulteilnehmer schon in der Schule sportärztlich untersuchen zu lassen. Von den Sportärzten liegt eine Kritik über den Waldlauf vor. Weiter kommt ein Schreiben zur Sprache, worin festgestellt wird, daß Vereine, die für den Sport propagieren, zugleich Gegner des Achtstundentages sind. Durch ein Schreiben an den Arbeiterverein soll zu dieser Angelegenheit Stellung genommen werden. Schreiber berichtet aus dem städt. Unterausschuß über Vorrichtung, Erstellung und Vergebung von Spielplätzen und städt. Räumen. Weiter berichtet Kurt über die Erweiterung der Jugen-Kampfbahn und die dazu gepflogenen Verhandlungen. Das Kartell ist dabei übergangen worden. Die Benachrichtigung ist erst eingegangen, nachdem die betr. Sitzung stattgefunden hatte. Trotzdem hat Prof. Dr. Lommatzsch dort erklärt, er spreche im Namen sämtlicher Sportverbände, obwohl er vom Kartell keinen Auftrag dazu hatte. Die Kartelldelegierten protestieren entschieden gegen ein solches Verhalten seitens der Sportbehörde. Bis zur nächsten Kartellsitzung sollen die einzelnen Vtg. ihre Vorschläge für die Vertreter im städt. Unterausschuß den Gen. Kurt einreichen. Gen. Weller gibt Abrechnung über das Arb.-Sportfest. Im Winterhalbjahr werden folgende Veranstaltungen abgehalten. Dezember: Für die weiblichen Mitglieder: „Sport und Einwirkung auf den weiblichen Körper". Januar: Für Funktionäre und Mitglieder: „Warum treibt der Arbeiter Sport". 26. März: Sportfilmabend: „Der Arbeitersport im Bilde". Gegen ein geringes Eintrittsgeld im Volkswohlsaal werden dort Radfahrer, Turner, Naturfreunde, Wassersportler werden dort im Bilde erscheinen. Sonntag, 27. März, nachm. soll dieselbe Vorführung für die Kinder kostenlos stattfinden. Das Kartell erwartet regen Zuspruch zu diesen Veranstaltungen. E. S.

Turnspiele

Börsenverhandlungssitzung des 2., 8., 10. und 11. Bezirks am 16. November im Volkshaus.

Folgende Urteile wurden gefällt:

Welschhufe 1—Dresden 1885 1. betr. Spielabbruch von Dresden 1885, wird bis zur nächsten Sitzung vertagt. Schiedsrichter von Cunnersdorf (Preußler) hat zu erscheinen.

Fortschritt 1—Pieschen 3 (Raffball), betr. Berufung gegen das Urteil. Fortschritt hat bis zur nächsten Börse 4 Mark zu bezahlen (3 Mark Fahrtentschädigung und 1 Mark Verhandlungskosten).

Niederhäslich 3—Pieschen 4 (Raffball), betr. Nichtantreten von Pieschen. Pieschen 4 ab nächste Börse 4 Wochen schwarzgestellt. (Pieschen 0,50 Mark Verhandlungskosten.)

Niederhäslich 2—Löbtau 2 (Raffball), betr. Nichtantreten von Löbtau. Grund von Löbtau wird anerkannt.

Niederhäslich 2 Jgd.—Löbtau 2 Jgd. (Raffball), betr. Nichtantreten von Löbtau. Löbtau 2 Jgd. ab nächste Börse 4 Wochen schwarzgestellt (Löbtau 0,50 Mark Verhandlungskosten).

Welschhufe 1—Dresden-Süd 1 (Faustball), betr. Nichtantreten von Dresden-Süd. Dresden-Süd hat bis nächste Börse 5 Mark zu bezahlen (4,50 Mark Fahrtentschädigung und 0,50 Mark Verhandlungskosten).

Coschütz 1 Jgd.—Kamenz 1 Jgd. (Handball). Berufung von Kamenz wird anerkannt. Kamenz hat ein Spiel in Coschütz auszutragen.

Nächste Börse am 14. Dezember im Volkshaus. Strahb.

Freunde der freien Schule, 53. Volksschule (Fichtenstraße). Montag, 22. Nov., 7,30 Uhr, im Rest. Union Pulsnitzer Str. Vereinsversammlung. Tagesordnung: „Vom Schulkampf in Preußen". Ref. Lehrer Reuter. Gäste willkommen.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Ortsgruppe Heidenau u. Umg. Dienstag, 23. Nov., 7,30 Uhr im II. Saale des Städt. Wolf Vortrag über Rußland. Donnerstag, 25. Nov., 7,30 Uhr gr. Theaterabend im gr. Saale Döhlner Hof (Rote Schanze). Montag, 29. Nov., im Gasthaus Stadt Dresden, Poisenstr. erweiterte Funktionärversammlung. Sonntag, 5. Dez. ang. 9,30 Uhr, Bezirkskonferenz im Lindengarten, Leipmannsdorf. Sonnabend, 18. Dez., Kindermärchenvortrag und Sonnenwendfeier. Ein jeder merke sich diese Tage! Den 8. und 9. Januar soll in Berlin die gemeinsame Generalversammlung stattfinden, wo am 29. Nov. und am 5. Dez. Stellung dazu genommen werden soll. Zur Mitgliederversammlung am 23. Nov., wo Bericht über Rußland gegeben wird, haben Gäste Zutritt!!!

Gruppe freier Menschen, Freital. Die Zusammenkünfte zur gymnastischen Uebungsabende finden regelmäßig jeden Montag abends 7 Uhr, in der Schulturnhalle zu Freital/Niederhäslich statt. Gymnastiklehrerin Genossin Goldstein, Dresden. Die Uebungsstunden sind für beiderlei Geschlechts, jung und alt. Neuanmeldung zur Gruppe werden an den Uebungsabenden entgegen genommen.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei.

Dienstag, den 23. November:

Neustadt-Ost. Zellengruppen 1, 2, 3, 4 7,30 Uhr im Rest. Enger Stadtteilleitungssitzung.

Zentrum 4. Straßenzelle B 7 Uhr wichtige Besprechung bei Gen. Haspacher, Kaulbachstraße 4, ptr.

Kommunistischer Jugendverband.

Dienstag, den 23. November:

Johannstadt. 7,30 Uhr Heimabend der Gewerkschaftsjugend in Nowacks Rest, Zöllnerstraße 35.

Mittwoch, den 24. November:

Striesen. Versammlung im Sportheim Hepkestraße. Gruppenabend fällt zu Gunsten dieser Versammlung aus.

Roter Frontkämpferbund

RFB Groß-Dresden. Die Abteilungen rücken zur Vollversammlung am Dienstag geschlossen nach dem Bellevue. Abmarsch:
Abt. 1: 7 Uhr Bürgergarten
Abt. 2: 7 Uhr Weißeritz-, Ecke Jahnstraße
Abt. 3, 7, 9: 6,30 Uhr Pohlandplatz
Abt. 4, 5: 7 Uhr Wilhelmplatz
Abt. 6: 6,45 Uhr Holbeinplatz
Abt. 8, 10, 11: 7,30 Uhr Bellevue eingetroffen.
Mitglieder der Schalmeienkapelle bringen ihre Instrumente mit.

Montag, den 22. November:

Ortsgr. Groß-Dresden, Abtlg. 3. 7,30 Uhr abends Mitgliederversammlung im „Glasewaldthof". Liederbücher mitbringen.

Proletarische Freidenker.

Montag, den 22. November:

Heidenau. Monatsversammlung findet nicht heute, sondern am 29. Nov., abds. 8 Uhr, in der Börse statt. Landesvorsitzender Gen. Kloß, Dresden, spricht über: „Kulturfragen in Rußland".

Internationale Arbeiterhilfe.

Montag, den 22. November:

Cotta-Löbtau. Zweiter Vortrag über: „Meine Erlebnisse in Sowjetrußland". Redner: Gen. Fabian, Radeberg. Beginn 7,30 Uhr. Alle Zeitungsleser sind willkommen.

Weinböhla. Mitgliederversammlung im Zentralgasthof. Vortrag vom Gen. Schumann, Dresden.

Dienstag, den 23. November:

Altstadt-Friedrichstadt. Mitgliederversammlung im Büro Güterbahnhofstraße 24. 1. Vortrag „Die russische Sowjetverfassung". 2. Organisatorisches. Gäste haben Zutritt.

Mittwoch, den 24. November:

Landesvorstandssitzung im Büro. Beginn 5,30 Uhr.

Amtliche Bekanntmachungen

— Freital —

Oeffentliche Sitzung
der Stadtverordneten zu Freital,
Donnerstag, den 25. November 1926, abends 7 Uhr,
im Rathause.

Freital, am 20. November 1926

Der Stadtverordnetenvorsteher.

— Radeberg —

Am Mittwoch, den 24. November, Stadtverordnetensitzung. Die Tagesordnung umfaßt

6 Punkte in der öffentlichen

und

4 Punkte in der geheimen Sitzung

Radeberg, 22. November 1926.

Der Stadtrat

— Zschachwitz —

Einladung
zur 16. öffentlichen Sitzung der Gemeindeverordneten
am Donnerstag, den 25. November 1926, abends 7 Uhr,
in der Schule „An der Aue".

Tagesordnung:

1. Mitteilungen:
a) vom Ergebnis der Gemeindeverordnetenwahl am 14. November 1926;
b) von der Gemeinde-Kassenrevision durch die Amtshauptmannschaft;
c) Schreiben des Postamts: Einbeziehung des Ortsteils Meußlitz in den Ortszustellbezirk;
d) Schreiben des Kirchenvorstandes über die Erhöhung der Begräbnisgebühren.

Wohlfahrtsausschuß (4. 11. 26)
Berichterstatter: Herr Gemeindeältester Stelle.
2. Stellungnahme zur Petition der Sächsischen Invalidenvereinigung wegen Erhöhung der Sozialrenten.

Bauausschuß (22. 10. 26)
Berichterstatter: Herr Braune.
3. **Gesuch des Schlossermeisters Max Lange** um Zulassung zu Arbeiten an der Gemeindewasserleitung im Ortsteil Sporbitz.
Vorschlag: zu entsprechen.
4. **Umpflasterung der Staatsstraße** infolge Senkung des Schleusengrabens.
Vorschlag: 320 Quadratmeter a 1,50 M. = 480 M. zu übernehmen.

Bauausschuß (18. 11. 26)
Berichterstatter: Herr Rietzschel.
5. **Schleusenbau Ortsteil Meußlitz:** Entlüftung des Schleusenrohres (Forderung der Stadt Dresden); Mehrkosten ca. 420 M.
Vorschlag: zu bewilligen.
6. **Kläranlage Dresden-Leuben:** Beitrag zur Unterhaltung und Reinigung vom 1. 7. bis 30. 9. 1926 = 710,51 M.
Vorschlag: zu zahlen.
7. **Fußwegherstellung an der Dresdner Straße.**
Vorschlag: Auf der Strecke von der Grundstraße bis zur Schmiede den Fußweg bebauungsplanmäßig anzulegen und die sich hieraus ergebenden Mehrkosten und Aufwendungen zu bewilligen.
8. **Ausbau der Straße 41/43 im Siedlungsgelände:** Nachprüfung der Abrainung und Berichtigung von 30 Grenzsteinen durch Geometer Fiedler.
Vorschlag: 125,12 M. nachträglich zu bewilligen.
9. **Wasserleitung.**
Vorschlag: zu bewilligen für die Anschaffung von
a) verschiedener kleinerer Werkzeuge 60 M.;
b) Wassermesserersatzteilen 96 M.
10. **Wohnungsbau Schweizstraße:** Bezahlung von 3½ Std. den Lohnausfall am Bußtag = 120 M.
Vorschlag: zu bewilligen.
11. **Baugesuch Vogel,** Gondelweg 4 und **Baugesuch Kügel,** Gondelweg 1: Entwässerungsanlage und Schleusenanschluß.
Vorschlag:
a) unter den vom Ortsbaurevisor vorgeschlagenen Bedingungen zu genehmigen;
b) den Bauausschuß mit der selbständigen Erledigung von Baugesuchen zu beauftragen, bei denen es sich um die Entwässerungsanlagen und Schleusenanschlüsse handelt.
12. **Bauische Rieper, Pirnaische Straße 14 b:** Aufstellung Hochdruckzeitalter-Entwicklers.
Vorschlag: Unter den vom Ortsbaurevisor vorgeschlagenen Bedingungen zu genehmigen.
13. **Gemeindegrundstück, Louisenallee 39:**
Vorschlag: bei der Mieterin Stolz den Küchenofen in einen Herd umzusetzen zu lassen und hierfür 9,50 M. zu bewilligen.
14. **Gemeindegrundstück Niedersedlitzer Straße 48:**
Vorschlag: dasselbe für den Mieter Richter und [illegible] 50 M. zu bewilligen.

Finanzausschuß (16. 11. 26)
Berichterstatter: Herr Findeisen.
15. **Bericht über die seinerzeitige Aufnahme des Darlehns von 18 000 M.** für verschiedene Wegebauten.
16. **Gesuch des Kultur- und Sportkartells** um finanzielle Unterstützung der Sport-, Spiel- und Kulturentwicklung.
Vorschlag: zu bewilligen.
17. **Bepflanzung des Spiel- und Sportplatzes.**
Vorschlag: im Anschluß an den Beschluß vom 1.1.25 noch 53 M. zu bewilligen.

Zschachwitz, am 20. November 1926.

Der Gemeindeverordnetenvorsteher
gez. Lehnert

Theater am Wasaplatz
Montag, den 22. November geschlossen, dafür Gastspiel im Volkswohl-Theater
Mein Leopold
Dienstag, den 23. November bis mit Sonnabend, den 27. November, täglich 8 Uhr:
Mein Leopold
Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Adolph L'Arronge
Sonntag, den 28. November, nachm. 4 Uhr:
Rotkäppchen
Kindermärchenspiel in 3 Bildern von Rudolf Fürstes

Tymians Thalia-Theater
Das einzige wirkliche Volkstheater Dresdens
Täglich 8 Uhr
Vorzugskarten außer Sonntag gültig

Arbeits-Bekleidung!
f. Maurer, Zimmerer, Former, Schlosser usw. billigst
Textil-Haus
Liliengasse 13, I
- auch Teilzahlung -
Wiederverkäufer beste Einkaufsquelle

Werbt für die Lese- Arbeiterstimme

Puppenwagen
Kinderwagen — Kinderbetten und -Stühle
— Riesenauswahl —
Gebr. Eichhorn
Trompeterstraße 17

Hochfeine
Speisekartoffeln
gelbe und weiße, sowie
Ia Briketts u. Steinkohlen
kauft man am vorteilhaftesten bei
Gustav Döring
Freital-P. am Bahnhof

Seefische, Räucherwaren Delikatessen
Gustav Beyer
Dresden-N Alaunstr. 31

Vogel
Billigster Einkauf aller Lebensmittel
E. Vogel
Radeberg, Pulsnitzer Straße

Elegante Herren-Anzüge
moderne Formen, billigste Preise
empfiehlt
Georg Würth, Pirna
Oelsnitzstraße 11 (gegenüber der Post)

Stand- — Wand-, Küchen-, Wecker-, Taschen-, Armband
Uhren
S. Hermann
Görlitzer Str. 30

Bettfedern-Dampf-Reinigung
übernimmt unter Garantie für saubere und schnellste Lieferung
Dampf-Wasch-Anstalt Max Schütze
Fernsprecher 13571 Schulerstraße 29

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Max Wagner
Freiberger Platz 11

Zigarrenfabrik Genosse O. Rumpf
Hauichen (Bezirk Dresden)
Wiederverkäufer Rabatt von 50 Pfg. an
Postversand nach allen Orten gegen Nachnahme
Ein Versuch überzeugt Sie von der Güte der Ware